

der letzten Vorlage. Wenn sie nicht so viel Geld kostet, so liegt dies daran, daß keine Vermehrung der Kavallerie, der sehr teuren Waffe, verlangt wird. An der Friedensstärke von 515 321 Mann sind beteiligt: Preußen, einschließlich der unter preussischer Militärverwaltung stehenden Kontingente, mit 399 026, Bayern mit 57 133, Sachsen mit 38 911 und Württemberg mit 20 251 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten. Hierzu würden noch die Offiziere, Sanitäts-offiziere, Einjährig-Freiwilligen und Beamten hinzuzuzählen sein, wenn man die Gesamtfriedensstärke des deutschen Heeres ermitteln will, denn diese sind im Gelehe nicht festgelegt. An neuen Formaten werden gebildet in fünf Jahren: 1 Bataillon Infanterie, 18 Batterien Feldartillerie, 4 Bataillone Fußartillerie, 1 Kompanie Pioniere, 4 Kompanien Eisenbahntruppen, 3 Kompanien Luftschifftruppen, 1 Bataillon Telephontruppen, 1 Bataillon Kraftfahrtruppen, 18 Kompanien Train, so daß am 31. März 1916 folgende Formaten vorhanden sein sollen: bei der Infanterie 634 Bataillone, bei der Kavallerie 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie 592 Batterien, bei der Fußartillerie 49 Bataillone, bei den Pionieren 29 Bataillone, bei den Verkehrstruppen 17 Bataillone, bei dem Train 23 Bataillone. Bei den Vermehrungen ist am teuersten die Artillerie wegen Pferde- und Karrenbeschaffung. Die gesamte Vorlage kostet an fortwährenden Ausgaben 21 813 079 Mark, wovon 3 727 441 Mark im Jahre 1911 für die mit dem Seeresetat bereits bekannt gewordenen Reformatoren usw., der Rest in den Jahren 1912 bis 1917 angefordert werden sollen; an einmaligen Ausgaben 82 066 249 Mark, wovon 4 177 056 Mark im Jahre 1911, der Rest in den Jahren 1912 bis 1915 angefordert werden sollen. Von diesem Mehrbedarf sollen auf Bayern 2 394 000 Mark an fortwährenden und 9 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben. Bayern hat als Hauptaufgabe, in der Feldartillerie sechs neue Batterien zu stellen, da es bisher in jedem Regiment nur fünf Batterien statt sechs besitzt. Die Vorlage enthält dann noch kleinere innere organisatorische Änderungen. Jede Infanteriedivision wird mit einer Maschinengewehrkompanie ausgestattet werden. Die Vorlage dürfte erst im Januar zur Beratung in der Budgetkommission gestellt werden.

Dem Gouverneur von Togo Grafen Zech v. Neuhofen wurde die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit der gesetzlichen Pension unter Verteilung des Ranges eines ersten Ranges erteilt.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft trat am 30. November in Elberfeld unter dem Vorsitz des Herzogregenten von Braunschweig Johann Albrecht zu Verdenburg zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung zusammen.

Die erste Kolonialanleihe wurde für das Rechnungsjahr 1908 in Höhe von 38,3 Millionen Mark und im Dezember circa 8 Millionen Mark begeben. Der größte Teil des Erlöses diente zum Ankauf von Anteilscheinen der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft, der Rest wurde zu Eisenbahnbauten verwendet. Durch den Etat für 1909 sind insgesamt 26,7 Millionen Mark Kolonialanleihen bewilligt worden; hiervon waren bestimmt 1,8 Millionen Mark für die Fortführung der Nambaroreisenbahn, 15 Millionen Mark als Darlehen an die Ostafrikanische Eisenbahn zum Weiterbau. Ferner erhielten für Eisenbahnbauten usw. die Schutzgebiete Kamerun 5 Millionen Mark und Togo 4,2 Millionen Mark. Die Anleihen für 1909 wurden in drei Teilen begeben: im Juni 1909 14 Millionen Mark, im November 4 Millionen Mark und im Dezember 8,1 Millionen Mark. Für das Jahr 1910 war ein Betrag von 31 634 723 Mark bewilligt worden. Da nun aus den Krediten des Vorjahres noch größere Beträge offen waren, so wurden im Jahre 1910 33,3 Millionen Mark Kolonialanleihen begeben. In dieser Anleihe sind zum ersten Male auch größere Beträge für Südwestafrika enthalten und zwar sind circa 9 Millionen Mark für Eisenbahnbauten wie Umbau der Strecke Karibib—Windhof, Neubau der Nord—Südbahn und Teilzahlung für die Diavibahn vorgesehen. Insgesamt ergeben die Beträge, die seit der Aera Dernburg für Kolonialanleihen ausgegeben worden sind, folgendes Bild:

Jahr	In Mill. Mark
1908	nom. 38 775
1909	„ 26 100
1910	„ 33 300
Zusammen	nom. 98 175

Unter Berücksichtigung des Erlöses aus den Anleihen rechnet das „Verl. Tagebl.“ mit einem offenen Kredit von circa 250 000 Mark. Dieser wird erst bei Begebung der nächsten Kolonialanleihe, für die, wie bereits an anderer

gehoffen werden mußte. Den Bemühungen des Kriegsministers v. Fabricius war es zu verdanken, daß ein Säuschen auf Kosten des Kriegszahlamtes in eine, wenn auch kleine so doch würdige katholische Festungskapelle umgewandelt wurde. In dieser Kapelle wurde von Biera aus zwölfmal, von Dresden aus dreimal im Jahre — an den drei Hauptfesten — Gottesdienst abgehalten. Das Kultusministerium gab sogar seine Einwilligung, daß auch Personen aus dem Zivilstande an dem Festungsgottesdienste teilnehmen durften.

Das Jahr 1883 brachte den Katholiken in Königstein eine neue Freude. In der Bürgerschule wurde für katholische Kinder Religionsunterricht in ihrem Bekenntnisse eröffnet; ihre Zahl ist bereits auf 60 gestiegen. Die Gemeinde befand sich in vollster Blüte, als sie von einem schweren Schläge getroffen wurde. Im Oktober 1904 zog das königliche Kriegsministerium die Besatzung von Königstein zurück und schloß damit die katholische Festungskapelle. Da mußte sich nun die Gemeinde selbst zu helfen suchen. Sie wählte deshalb ein Jahr später ein Kirchenbaukomitee, dessen Sammelleiter es zu verdanken ist, daß die Gemeinde nach einem Zeitraum von fünf Jahren zur Grundsteinlegung eines kleinen Marienkirchleins schreiten konnte.

Wäre nun die Gemeinde Königstein ihr neues Gotteshaus bald vollendet sehen. Wären die Leiden, die die Gemeinde in ihrer Vergangenheit durchzustehen hatte, nunmehr für immer beendet sein und eine bessere Zukunft anbrechen.

Stelle mitgeteilt, eine Summe von 39 Millionen Mark angefordert wird, realisiert werden.

Hinter den Kulissen scheint man doch schon an der Arbeit zu sein, den Widerstand Hollands gegen die Schiffsabgaben zu brechen. Die holländische Regierung widerspricht bekanntlich ganz energisch der Einführung von Schiffsabgaben auf dem Rhein. Ihr Widerstand soll nun dadurch überwunden werden, daß die am Rheinverkehr interessierten holländischen Kreise ihre Regierung bitten, der Belastung des Rheines zugestimmt. Der Beauftragte einer sächsischen Regierung bereist zurzeit die deutschen Handelszentren mit der Mission, diese Bewegung einzuleiten. Sollten diese Tatsachen zutreffen, so würden sie beweisen, daß das Zutrauen zu der Gerechtigkeit und guten Wirkung der Schiffsabgaben nicht sehr groß zu sein scheint, wenn man solche krummen Wege betreten zu müssen glaubt.

Zum Reichstagskandidaten für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis haben die Freisinnigen in einer Generalversammlung des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei des 2. Kreises den Professor Dr. Hans Krüger aufgestellt, nachdem Herr Oberbürgermeister Reide infolge zunehmender Berufsbeschäftigung eine erneute Kandidatur abgelehnt hatte. In einem Porträt, den Herr Krüger in der Versammlung hielt, hat er versprochen, sein möglichstes zu tun, um den Wahlkreis für die Freisinnigen zurückzuführen, was aber so gut wie ausgeschlossen ist, denn sonst würde Bürgermeister Reide wieder kandidiert haben.

Verstärkte Diamantensuche. Als im Mai der Antrag Erzberger kam und eine Ablösung der Rechte in Südwest forderte, da hieß es im Juni und Juli, daß die Fundstellen weniger ergiebig seien und daß es sich gar nicht lohne, darüber viel Aufsehen zu machen. Wir haben schon damals dieses Mandat stark kritisiert. Heute nun unterbreitet die Regierung selbst einen Nachtragset, der aus den Diamanten dem Reiche über 3 Millionen Mark mehr zuführen will. In der Begründung heißt es: „Die Diamantensuche im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1910 hat 226 099 Karat betragen. Bei vorsichtiger Bewertung der Marktlage darf für das ganze Rechnungsjahr 1910 mit einer Ausbeute von 850 000 Karat gerechnet werden. Legt man einen Durchschnittspreis von 28 Mark für das Karat zugrunde, so ergibt sich:

ein Bruttowert von 850 000 × 28	23 800 000 Mark
und nach Abzug der an die Diamantenregie fallenden 5 Proz. Verwertungsgebühr von	1 190 000 „
ein Reinerlös von	22 610 000 Mark
33½ Proz. Ausfuhrzoll hiervon betragen	7 536 667 „
oder rund	7 537 000 „
für 1910 sind bisher an Diamantenausfuhrzöllen veranschlagt	4 800 000 „
Witthin Zugang	2 737 000 Mark

Man sieht also ganz deutlich, daß die Meldungen über Rückgang der Funde eine plumpe Lüge gewesen sind; denn heute kann man schon sagen, daß 60 Prozent mehr einkommen werden, als man noch im März 1910 glaubte. Gerade diese Steigerung besagt klar, daß der Antrag Erzberger gut begründet ist.

Wenig Kenntnis von katholischen Dingen verrät eine Korrespondenz, die jedenfalls durch viele sächsische Zeitungen hindurchgeht. In ihr heißt es wörtlich: „Bisher fiel die Erstkommunion gewöhnlich mit der Schulentlassung, dem 14. Lebensjahr zusammen.“ Man will den Katholiken, wie es scheint, die für die protestantische Konfirmation übliche Zeit und Sitte aufräumen. Jeder Katholik, der die Verhältnisse in Deutschland (und ebenso ist's in Holland und vielen anderen Gebieten) kennt, weiß, daß es in Deutschland wohl nur noch wenige, verschwindend wenige Gemeinden gibt, in denen die Behauptung der Korrespondenz zutrifft. Das Durchschnittsalter für die erste heilige Kommunion ist seit vielen Jahrzehnten und unter normalen Verhältnissen in den allermeisten Gebieten Deutschlands das 12. Lebensjahr. Und erst recht warteten die Kinder in Oesterreich und der Schweiz nicht bis zur Schulentlassung auf die erste heilige Kommunion. — Wenn nun in solch einfachen, offen zutage liegenden Dingen so erhebliche Schnitte unterlaufen, wie will man dann einer derartig schlecht informierten Korrespondenz trauen, wenn sie aus dem Vatikan allerhand Intimitäten über den Empfang und die „Erfolge“ des Kardinals Fischer zu berichten weiß. Und wenn dann eine andere Korrespondenz „im Interesse der von Synophanten (d. h. Angebern) bedrohten Katholiken“ die Jesuiten fern gehalten haben will! — Es ist herzerquickend!

Eine Versorgung für den Erzstaatssekretär Dernburg soll jetzt gefunden sein. Die Münchner Zeitung läßt sich aus Berlin berichten, daß Verhandlungen im Gange sind, wonach der frühere Staatssekretär Bernhard Dernburg die Leitung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft übernehmen soll. Man glaubt, „daß die Verhandlungen nach der unmittelbar bevorstehenden Rückkehr Dernburgs zum Abschlusse gebracht werden dürften“. Die Tägliche Rundschau findet, daß über den Erzstaatssekretär während seiner Abwesenheit etwas reichlich und mannigfaltig disponiert wird. Alles auf einmal kann er doch auch nicht mach'n.

Ein netter Herzeinsall der „Tägl. Rundschau“. Die „Tägl. Rundschau“ stellt sich entsetzt darüber, daß Prof. Dr. Spahn nicht in die Zentrumskaktion aufgenommen worden sei und die ganze Frage noch schwebt, was sie doch gar nichts angeht. Sie spricht dabei von einem „Pater Decurtius“. Professor Decurtius mit Frau und Kindern wohnen in Freiburg herzlich lachen ob dieses Neinfalles eines Blattes, das sich immer annähernd in katholische Verhältnisse einmischt.

Der Abgeordnete und Bürgermeister Blumenthal in Colmar ist wegen seiner französischenfreundlichen Äußerungen gegenüber dem Vertreter des Paris Journal vom Ministerium in Straßburg zur Rechenschaft gezogen worden. Blumenthal leugnete, die betreffenden Äußerungen getan zu haben. Es wurde ihm im Ministerium kein Zweifel darüber gelassen, daß er, falls er sich zu dem Artikel bekenne, keinen Tag länger Bürgermeister in Colmar sein könne. Ein Schicksalverbot für ganz Deutschland fordert die „Deutsche Tages-Zig.“, aber sie wird damit nicht durchdringen.

Oesterreich-Ungarn.

Das erste Landes-Zuwachsgesetz in Oesterreich. Der Landtag des Herzogtums Krain hat als erster Landtag von dem Erlaß des Finanzministeriums vom September 1909 Gebrauch gemacht und eine Zuwachsteuer eingeführt. Sie beginnt mit 5 v. H. der Wertsteigerung und endet mit 25 v. H. Der Ertrag der Abgabe ist zwischen Staat und Gemeinde zu gleichen Teilen zu teilen.

Frankreich.

Ministerpräsident Briand erklärte dem Wahlreform-Ausschusse der Kammer, daß er den von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzentwurf aufrechterhalten werde. Unter den Anhängern des proportionalen Wahlsystems rief diese Erklärung lebhafteste Zustimmung hervor.

Portugal.

Aus der portugiesischen Kolonie Macao in Südchina wurden vor einigen Tagen die Jesuiten vertrieben. Die Bevölkerung erhob Widerspruch, erreichte aber nichts. Bei der Verfolgung der Jesuiten kamen zwei Patres ums Leben. Ein neues Telegramm meldet jetzt die Ausweisung auch der Ordensschwester. Dieser Gewaltakt wurde gegen den Willen der Zivilbehörden durch eine Reiterei des Militärs herbeigeführt. Ein Telegramm lautet: Macao, 30. November. Hier ist es in vergangener Nacht zu einer Reiterei der Land- und Seetruppen gekommen. Die Reiterei marschierte vor das Haus des Gouverneurs, forderten Erhöhung des Soldes, Vertreibung der Nonnen und Unterdrückung der Zeitung Vida nova. Um Unruhen zu vermeiden, wurden die beiden letzten Forderungen bewilligt. Die Offiziere sind außerstande, die Leute in Schach zu halten. Leben und Eigentum der Bewohner sind gefährdet. Durch die Vertreibung der Nonnen verlieren Hunderte von Waisenkindern ihre Ernährer.

Rußland.

Die Oktobristen haben in einer vertraulichen Sitzung den Dumapräsidenten Gutschkow beauftragt, dem Zar in der nächsten Audienz Bericht zu erstatten über die Obstruktion, die der Reichsrat durch Verzögerung und Ablehnung gegen die von der Duma angenommenen Vorlagen betreibt. Wenn kein anderer Ausweg möglich sein sollte, so soll Gutschkow den Zar um Auflösung der dritten Duma bitten. Gutschkow selbst erklärte, er sei der Ansicht, daß die dritte Duma die jetzige Tagung nicht überleben werde.

Serbien.

Stupschitsa. Bei den Verhandlungen des österreichisch-ungarisch-serbischen Handelsvertrages erklärte der Handelsminister, durch den Vertrag sei der Export gestärkt und die serbische Industrie geschützt. Minister Milomanowitsch führte aus, Serbien lege Gewicht auf die Offenhaltung des österreichisch-ungarischen Weges, weil er der beste Exportweg für Serbien sei. Ferner erklärte der Minister, Serbien sei der Friedenspolitik aufrichtig zugewandt. Der Handelsvertrag wurde im Prinzip mit 94 gegen 22 Stimmen angenommen.

Griechenland.

Die Nationalversammlung hat eine neue Regierung gewählt, der Schoulas, Conduros und Milonajannis angehören. Die muslimanischen Deputierten enthielten sich der Abstimmung. Die neuen Minister leisteten den Eid auf den Namen des Königs der Hellenen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 1. Dezember 1910

Se. Majestät der König ist gestern Abend nach einem hier eingetroffenen Telegramm von Larvis abgereist und fährt über Salzburg, München nach Dresden, wo er heute nachmittags 4 Uhr 50 Min. eintrifft. Wie bereits mitgeteilt, werden ihm voraussichtlich seine Söhne bis zur Landesgrenze entgegenfahren. Der Monarch ist von seinem Jagdaufenthalte in Larvis, der übrigens auch meist vom Wetter begünstigt war, sehr befriedigt. Das Revier in Larvis ist vorzugsweise mit Hochwild und mit Gemsen bestanden, von denen der König ebenfalls wieder einige Exemplare erlegt hat. Der Wildbestand ist infolge der guten Pflege des Reviers, das von mehreren Wild- und Jagdhütern bewacht wird, ein ausgezeichnetes. König Friedrich August hat das Revier auf mehrere Jahre gepachtet und trägt die gesamten Unterhaltungskosten aus eigener Privatkassette.

Se. Majestät der König wird morgen vormittags der Refrutenvereidigung des Standortes Dresden auf dem Klampplage am 5. Dezember derjenigen in Großenhain und Riesa beimohnen.

Se. Majestät der König hat dem Staatsminister Dr. v. Otto den Vorsitz im Gesamtministerium, sowie bei den in evangelischen Brauereien Staatsrentnern übertragen.

Das Ministerium des Innern hat dem Bundespräsidenten von Sachsens Militärvereinsbund eine Verordnung zugehen lassen, nach dem Gesuche um Verleihung kaiserlicher Ehrenmedaille nur dann Aussicht auf Berücksichtigung haben, wenn sie bei dem Bundespräsidenten eingereicht worden sind.

Die sächsischen Handelskammern haben auf Anregung der Handelskammer Plauen eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, in der dieses ersucht wurde, zur Befreiung der gegenwärtig herrschenden Fleischsteuerung die Annahme der Abhilfevorschlüsse des Deutschen Handelstages an zuständiger Stelle zu bekräftigen. Diese Vorschläge umfassen folgende Punkte: Zulassung möglichst ungehinderter Einfuhr lebenden Viehes, Zulassung der Einfuhr ausgeladeten Fleisches aus dem Auslande, Zulassung von Wachsenfleisch und sonstigen Fleischdauerwaren aus dem Auslande, Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten der Futternot und Gerabefugung der übermäßig gesteigerten Zölle auf Vieh und Fleisch.

150 000 Abonnenten! jubelt der „Vorwärts“ und konstatiert, daß seine Leserschaft höher geworden ist. Im Januar 1906 waren 100 000 Abonnenten erreicht, und jetzt, vor dem völligen Ablauf des weiteren Jahres, sind abermals 50 000 Abonnenten gewonnen, ist die Zahl der Abonnenten von 1900 verdreifacht. Das Blatt schreibt: „Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die nächste Zukunft des deutschen Volkes, des deutschen Proletariats ab! Und für den Wahlkampf wird die sozialdemokratische Presse, wie der „Vorwärts“ in mühsamer Mühe seit